



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.:	230-2024
Vorstossart:	Interpellation
Richtlinienmotion:	☐
Geschäftsnummer:	2024.RRGR.305
Eingereicht am:	12.09.2024
Fraktionsvorstoss:	Nein
Kommissionsvorstoss:	Nein
Eingereicht von:	Ruch (Bern, GRÜNE) (Sprecher/in) Patzen (Bern, GRÜNE) Bühlmann (Bern, GRÜNE)
Weitere Unterschriften:	0
Dringlichkeit verlangt:	Nein
Dringlichkeit gewährt:	
RRB-Nr.:	vom
Direktion:	Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Nichtbezug Ergänzungsleistungen

Die Studie «Altersmonitor» der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) aus dem Jahr 2022 zeigt auf, dass geschätzt 15,7 Prozent der zu Hause lebenden Schweizer Bevölkerung ab 65 Jahren zwar Anspruch auf Ergänzungsleistungen hätte, diese aber nicht beziehen. Darunter sind deutlich häufiger Frauen und Personen mit tiefem Bildungsabschluss. Die Mehrheit der Nichtbeziehenden lebt im ländlichen Umfeld.

Die Gründe für den Nichtbezug sind vielfältig. Häufig ist es Unwissen, Scham, aber auch die hohen bürokratischen Hürden führen dazu, dass gewisse Personen keine Ergänzungsleistungen beantragen.

Mit diesen beträchtlichen Anteilen an Nichtbeziehenden ist unser Sozialversicherungssystem in Frage gestellt. Es gilt also, Wege zu finden, um den Zugang zu den Sozialleistungen zu verbessern.

Im «Altersmonitor» werden verschiedene Vorschläge aufgeführt, um den Zugang zu Ergänzungsleistungen zu verbessern, darunter Sensibilisierung, Begleitung, Vereinfachung der Prozesse sowie automatische Auszahlung. Letzteres wäre aus Sicht der Interpellantin die einfachste Möglichkeit: Aufgrund der Steuerdaten könnten die Behörden ähnlich wie bei der Prämienverbilligung ermitteln, wer Anspruch auf Ergänzungsleistungen hat, und diese automatisch ausbezahlen.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Gibt es Zahlen zum Nichtbezug von Sozialhilfe oder EL im Kanton Bern?
2. Falls nein: Ist der Regierungsrat bereit, diese erheben zu lassen?

3. Wie geht der Regierungsrat mit dem Problem Nichtbezug um?
4. Welche Massnahmen werden in Zusammenarbeit mit den Gemeinden dagegen ergriffen?
5. Welche der Vorschläge aus dem Altersmonitor 2022 gedenkt der Kanton Bern umzusetzen?
6. Könnte der Kanton eine automatische Auszahlung der Ergänzungsleistungen nach dem Vorbild der individuellen Prämienverbilligung einführen?
7. Welche gesetzlichen Anpassungen müssten dafür vorgenommen werden?
8. Welche finanziellen und anderen Folgen hätte eine solche Anpassung?

Verteiler

– Grosser Rat